



# Irak: Journalisten in Kurdistan-Irak

## Auskunft der SFH-Länderanalyse

Alexandra Geiser

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch  
www.osar.ch

PC-Konto  
30-16741-4  
Spendenkonto  
PC 30-1085-7

Bern, 3. Juni 2009



MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES

## Einleitung

Aufgrund Ihrer Anfrage und den zugestellten Unterlagen wird von folgendem Sachverhalt ausgegangen:

Der Mandant, ein irakischer Kurde aus Dohuk, war Journalist und Techniker beim Radio und Fernsehen der *Kurdistan Islamic Union* (KIU). Er arbeitete auch beim mittlerweile geschlossenen Radiosenders *Azadi* (Sender der oppositionellen Kommunistischen Partei). Zu Beginn seiner Karriere war er bei *Radio Kurdistan*, der Radiostation der *Demokratische Partei Kurdistans* (KDP) tätig, welche er jedoch nach einiger Zeit verliess, da die Berichterstattung nicht objektiv sei. Er wurde vom dortigen Chefredaktor dazu gedrängt, der KDP beizutreten, was er jedoch ablehnte. Sowohl beim Radio der KIU, wie auch beim Radio *Azadi* unterzeichnete er zur Sicherung seiner journalistischen Unabhängigkeit eine Vereinbarung, wonach er zu keinem Zeitpunkt gezwungen würde, den betreffenden Parteien beizutreten. Als er an einem Artikel über den ausbleibenden Strassen- bzw. Brückenbau schrieb, wurde er vermutlich an die KDP verraten. Am XXX wurde der Mandant von Sicherheitskräften zu Hause verhaftet und auf den Polizeiposten gebracht, wo er massiv eingeschüchtert und misshandelt wurde. Er wurde mit dem Tod bedroht, falls er seine journalistische Tätigkeit fortsetzen würde. Am nächsten Tag wurde er wieder freigelassen. Einen Tag später wurde er erneut von Angehörigen der Sicherheitskräfte mitgenommen und mit verbundenen Augen an einen unbekanntem Ort gebracht. Erneut wurde er geschlagen und mit dem Tod bedroht. Am XXX reiste er über die Türkei in die Schweiz, wo er am XXX ein Asylgesuch einreichte.

Der Anfrage an die SFH-Länderanalyse haben wir die folgende Frage entnommen:

1. Wie ist die Situation von kritischen Journalisten in Kurdistan-Irak?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH beobachtet die Entwicklungen im Irak seit mehreren Jahren.<sup>1</sup> Aufgrund von Expertenauskünften und eigenen Recherchen nehmen wir zu Ihrer Frage wie folgt Stellung:

In einem ersten Teil wird auf die allgemeine Situation in Kurdistan-Irak eingegangen, danach auf die *Kurdistan Islamic Union* und zum Schluss auf die Situation der Journalisten in Kurdistan-Irak.

## 1 Hintergrund: Kurdistan-Irak<sup>2</sup>

Während Kurdistan-Irak international als einer der demokratischsten Teile des Mittleren Ostens gelobt wird, haben die Machteliten seit 1991 ihr Machtmonopol, ihren persönlichen Wohlstand und ihre Privilegien ausgebaut. Weiterhin herrschen Korruption und Nepotismus: Politik in Kurdistan-Irak wird seit Jahrzehnten von zwei Parteien, den gleichen Führern und von ein paar Familien dominiert. Die *Demokratische Partei Kurdistans* (KDP) wurde von Mustafa Barzani, Vater des heutigen Präsidenten

---

<sup>1</sup> Vgl. Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH: [www.osar.ch/country-of-origin](http://www.osar.ch/country-of-origin).

<sup>2</sup> Die Informationen zum Hintergrund sind aus dem SFH Irak-Update vom August 2008: SFH, Irak: Update, 14. August 2008: [www.osar.ch/2008/08/14/irak\\_update\\_situation](http://www.osar.ch/2008/08/14/irak_update_situation).

der *Kurdistan Regional Government* (KRG), Masood Barzani, und Grossvater des heutigen KRG-Premierministers Nechirvan Barzani, gegründet. Die *Patriotische Union Kurdistans* (PUK) wurde von Talabani, dem heutigen Präsidenten des Iraks, gegründet, der seither vielen Mitgliedern seiner Familie zu einflussreichen Positionen in der PUK-Spitze und der KRG verholfen hat.<sup>3</sup> Aus den Befreiern sind Despoten geworden. Die Alltagsrealität in Kurdistan-Irak wird nicht durch moderne Konzepte wie Nation, Zivilgesellschaft und Demokratie, sondern durch Partei, Stamm und Familie bestimmt.<sup>4</sup>

Die KRG sollte die Autorität von den beiden Befreiungsorganisationen KDP und PUK wieder übernehmen, doch beide Parteien haben mehr Einfluss als die KRG und kontrollieren alle Aspekte des öffentlichen Lebens mit weit reichenden Auswirkungen auf die Familien- und Privatsphäre, da der Zugang zu Arbeit, Bildung oder Gesundheitsversorgung von den Parteien kontrolliert und beeinflusst wird.<sup>5</sup> Die Parteien haben separate Gefängnisse, Geheimdienste, Milizen, Zeitungen und Satelliten-TV-Stationen.<sup>6</sup>

Innenpolitisch sieht die KRG sich einem wachsenden Frustrationspotenzial in der Bevölkerung und einer ausser Kontrolle geratenen Korruption gegenüber. Folgende Probleme müssen deshalb dringend gelöst werden: Die Klärung des Status betreffend Kirkuk, Khaneqin, Sinjar und anderer arabisierter Gebiete (Artikel 140: Volkszählung in diesen Gebieten, Referendum über den Status von Kirkuk); der Kampf gegen die grassierende Korruption innerhalb der herrschenden Parteien und der kurdischen Verwaltung sowie gegen deren illegale Privilegien auf Kosten der Gesellschaft; dann die Politik und Milizen der beiden herrschenden Parteien; Fragen von Transparenz, Demokratie, freien und fairen Wahlen und die Befreiung des Parlaments vom Einfluss der die kurdischen Parteien dominierenden Guerilla- und Freiheitskämpfer.<sup>7</sup>

Die Menschenrechtssituation in Kurdistan-Irak ist im Vergleich mit der Lage im Zentral- und Südirak deutlich besser. Auf staatlicher Ebene werden vor allem Führungspersonen und Sicherheitsdiensten (*Asayish*) der beiden grossen kurdischen Parteien, auf nicht-staatlicher Ebene Stämmen, Klans, Familien sowie radikalen und militanten Gruppen Menschenrechtsverletzungen zugeschrieben. Während die kurdischen Parteien ununterbrochen nach Wiedergutmachung für die Menschenrechtsverbrechen des Baath-Regimes verlangen, sind die Menschenrechtsverbrechen – unter anderem das spurlose Verschwinden von Peschmegas, Partei-Kadern, Partei-Mitgliedern, Zivilpersonen – des inner-kurdischen Bürgerkriegs (1994–1997/98) und der

<sup>3</sup> Wrya Hama-Tahir, Kurdistan Islamic Party Institutes Reform, IWPR's Iraqi Crisis Report, No. 259, 23. Mai 2008.

<sup>4</sup> Rauf Naqishbendi, Kurdish leaders: Lack of credibility, KurdishMedia vom 12. Juni 2008; Rauf Naqishbendi, Two kings no solution for Kurdistan, KurdishMedia vom 20. Juni 2008; Rauf Naqishbendi, Iraqi Kurds: Leadership's disconnect with people, KurdishMedia vom 3. Juli 2008.

<sup>5</sup> Ako Muhamad Sabir, Kurds cry out against corruption: When party controls our breaths, KurdishMedia vom 7. Februar 2008; Bashdar Ali, Kurdish Reactions to Michael Rubin – Michael Rubin has said too little!, KurdishMedia vom 8. Februar 2008; Mariwan Naqishbandi, Kurds cry out against corruption: In this ruined Kurdistan humans have everything, except rights, KurdishMedia vom 19. Februar 2008; Mohammed Ali, PUK leader: The KRG is only the administration for the KDP members, KurdishMedia vom 22. Februar 2008.

<sup>6</sup> Ayoub Barzani: Modern concepts, such as nation, civil society and democracy must replace party, tribe and family rules, KurdishMedia vom 3. Juli 2008.

<sup>7</sup> Kate Clark, Corruption in Iraqi Kurdistan, BBC vom 11. Januar 2008; Ayoub Barzani: Modern concepts, such as nation, civil society and democracy must replace party, tribe and family rules, KurdishMedia vom 3. Juli 2008.

Folgejahre weiterhin ein Tabu oder stossen bei der Regierung und den Behörden auf Ignoranz.<sup>8</sup> Kurdische Spione und Kollaborateure des Baath-Regimes wurden bis heute weder angeklagt noch von den kurdischen Parteien oder der KRG verfolgt.<sup>9</sup>

## 2 Kurdistan Islamic Union (KIU)

Die *Kurdische Islamische Union* (Kurdistan Islamic Union, Islamische Union Kurdistans, Yekgirtu, KIU) ist die grösste islamische Partei in Kurdistan-Irak. Sie wurde 1994 gegründet und setzt sich für Islamismus und Reformen ein. Ideologisch lassen sich ihre Wurzeln gemäss BBC auf die Bewegung der Muslimbruderschaft zurück führen, die sich zum ersten Mal in den 1950er-Jahren in Kurdistan-Irak formiert hat. Die Führer der KIU standen bei den Wahlen im Jahr 1992 in Kurdistan-Irak auf der Seite der *Islamischen Bewegung Kurdistans* und erreichten den dritten Platz nach der KDP und der PUK.<sup>10</sup>

Die KIU wird als die dritte politische Kraft in Kurdistan-Irak bezeichnet. Die Kluft zwischen den politischen Eliten und der Gesellschaft ist gewachsen. Gemäss verschiedenen Quellen bietet die KIU eine Alternative zu den von vielen als korrupt bezeichneten Parteien KDP und PUK.<sup>11</sup> Die KIU, die als moderate islamische Partei gilt,<sup>12</sup> hat bei den Studentenwahlen im Jahr 2005 zwischen 15 und 25 Prozent der Stimmen gewonnen.<sup>13</sup>

In verschiedenen Quellen wird beschrieben, dass die KIU einen islamischen Staat etablieren möchte. In einem Gutachten des *Europäischen Zentrums für Kurdische Studien* wird darauf hingewiesen, dass die KIU dieses Ziel im Gegensatz zu anderen Parteien mit friedlichen Mitteln, insbesondere mit Bildungs- und Wohlfahrtsarbeit, anstrebt. Einen bewaffneten Flügel, wie ihn viele Parteien im Irak haben, unterhält die KIU nicht.<sup>14</sup> Die KIU bestreitet, dass sie einen Scharia-Staat etablieren will.<sup>15</sup>

Auch BBC vermutet, dass die KIU von saudischen islamischen Organisationen finanziell unterstützt wird. Sie sei karitativ tätig und investiere in den Bau von Moscheen, Kliniken und Schulen in ländlichen Gebieten. BBC weist ebenfalls darauf hin, dass die KIU keine bewaffnete Miliz unterhält.<sup>16</sup>

<sup>8</sup> Ahmad N., Kurds cry out against corruption: An organisation is needed to investigate internal conflict, bring criminals to justice, KurdishMedia vom 6. Februar 2008; Ibrahim Balisani, Kurds cry out against corruption: Who knows the fate of the victims of internal fighting?, KurdishMedia vom 12. Februar 2008.

<sup>9</sup> Frman Abdul-Rahman/Zanko Ahmed, More Alleged Kurdish Spies Exposed, IWPR's Iraqi Crisis Report No. 221, 11. Mai 2007.

<sup>10</sup> BBC, Profile: Kurdish Islamist Movement, 13. Januar 2003: [http://news.bbc.co.uk/2/low/not\\_in\\_website/syndication/monitoring/media\\_reports/2588623.stm](http://news.bbc.co.uk/2/low/not_in_website/syndication/monitoring/media_reports/2588623.stm).

<sup>11</sup> ISN ETH Zürich, Iraq's KRG: Managing Political Islam, 20. Juni 2008: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&lng=en&id=88494>.

<sup>12</sup> Telefonische Auskunft von CPJ-Experten, 18. Mai 2009.

<sup>13</sup> National Review Online: Success in Full, Democracy in Kurdistan, 13. Dezember 2005: [http://bilalwahab.blogspot.com/2005\\_12\\_01\\_archive.html](http://bilalwahab.blogspot.com/2005_12_01_archive.html).

<sup>14</sup> Europäisches Zentrum für Kurdische Studien, Gutachten zu 18 K 7065/01261/05A, 15. Februar 2006.

<sup>15</sup> Transnational Middle East Observer, Kurdistan Islamic Union has ties with AKP, 31. Dezember 2008: <http://vvanwilgenburg.blogspot.com/2008/12/kurdistan-islamic-union-has-ties-with.html>.

<sup>16</sup> BBC; Profile: Kurdish Islamist Movement, 13. Januar 2003.

Vor den Parlamentswahlen im Dezember 2005 verliess die KIU im November 2005 die Allianz der kurdischen Parteien, die von der KPD, PUK und neun weiteren Parteien getragen wurde. Sie wolle eine Plattform zum Kampf gegen Korruption und für mehr Dienstleistungen bieten. Die KDP und PUK kritisierten diesen Entscheid und stellten die KIU in den von ihnen dominierten Medien als Verräterin dar.<sup>17</sup>

In der Folge wurden die Büros der KIU in den KDP-kontrollierten Gebieten in und um Dohuk und Zakho von Hunderten von Demonstrierenden zerstört. Vier Parteimitglieder wurden getötet und Dutzende verletzt. Auch der Topkandidat der KIU, Mushir Ahmad, kam bei diesen Übergriffen ums Leben; der Fernsehsender der KIU wurde ebenfalls zerstört.<sup>18</sup> Die KIU ging davon aus, dass die KDP hinter den Angriffen steckt. Die KDP ihrerseits wies jede Schuld von sich, die KIU hätte über Wochen die Bevölkerung während des Wahlkampfes aufgehetzt und die Fronten zwischen religiösen und säkularen Gruppen verhärtet.<sup>19</sup> Die KDP soll der KIU finanzielle Kompensation und die Neueröffnung ihrer Büros angeboten haben. Die KIU ihrerseits distanzierte sich von den Vorwürfen gegenüber der KDP. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 gewann die KIU fünf von 275 Sitzen (1,3 Prozent der Stimmen).<sup>20</sup>

Im *Transnational Middle East Observer* wird beschrieben, dass in der Vergangenheit KIU-Mitglieder immer wieder verhaftet wurden und von KDP-Sympathisanten generell beobachtet werden.<sup>21</sup>

### 3 Journalisten in Kurdistan-Irak

Die SFH wies bereits in den letzten Updates auf die spezielle Gefährdungssituation von kritischen Journalisten in Kurdistan-Irak hin: «Journalisten und andere Personen, die über Korruption und Nepotismus der kurdischen Parteien, KRG und Verwaltung berichten, werden von uniformierten Sicherheitsdiensten oder Personen in Zivilkleidung entführt, verhaftet, verprügelt, gefoltert, mit dem Tode bedroht oder getötet. Die *Kirkuk Journalist Association* hat in einem Ende Juli 2008 publizierten offenen Brief die Praxis der kurdischen Parteien zur Unterdrückung offener und kritischer Oppositionellen durch Misshandlung, Entführung und Tötung angeklagt.<sup>22</sup> Todesdrohungen und Drohbriefe werden offen von Personen mit familiären Beziehungen in das politische Establishment (in einem Fall vom Schwager von Präsident Talabani) verschickt. Journalisten werden ohne Anklage und Verfahren festgehalten oder mit zweifelhaften Prozessen schikaniert.<sup>23</sup>»<sup>24</sup>

<sup>17</sup> National Review Online: Success in Full, Democracy in Kurdistan, 13. Dezember 2005.

<sup>18</sup> National Review Online: Success in Full, Democracy in Kurdistan, 13. Dezember 2005. RFERL, Iraq: Kurdistan Islamic Union Responds To Attacks, Dezember 2005: [www.globalsecurity.org/wmd/library/news/iraq/2005/12/iraq-051209-rferl05.htm](http://www.globalsecurity.org/wmd/library/news/iraq/2005/12/iraq-051209-rferl05.htm)

<sup>19</sup> Washington Post, For Kurds, A Surge Of Violence In Campaign, 14. Dezember 2005: [www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/12/13/AR2005121302119\\_pf.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/12/13/AR2005121302119_pf.html).

<sup>20</sup> Transnational Middle East Observer, Kurdistan Islamic Union has ties with AKP, 31. Dezember 2008.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Kirkuk Journalist Association, Kirkuk Journalists: Baath undermined free press, PUK & KDP are doing the same, KurdishMedia vom 27. Juli 2008.

<sup>23</sup> Kate Clark, Corruption in Iraqi Kurdistan, BBC vom 11. Januar 2008; Kamal Mirawdeli, Talabani's brother-in-law threatens a leading Kurdish journalist, KurdishMedia vom 6. März 2008; Dany As'ad, Kurdish press struggles for independence, MediaChannel vom 26. April 2008; Committee to Protect Journalists, The Other Iraq, 5. Mai 2008; Inga Rogg, Druck auf die Medien im kurdischen Nordirak,

Das UNHCR hält im Update zum Schutzbedürfnis irakischer Asylsuchender vom Mai 2009 fest, dass in den drei Provinzen im Kurdistan-Irak, wie auch in Gebieten, die faktisch unter der Kontrolle der PUK oder der KDP stehen, Kritik an den beiden Parteien zu Einschüchterungen, körperlicher Gewalt, Verhaftung und Gefängnis führen kann. Journalisten sind dabei besonders gefährdet. Gemäss UNHCR werden Journalisten und Schriftsteller auch von islamistischen Gruppen bedroht.<sup>25</sup>

Die Anzahl der Zeitungen, Magazine, Radio- und TV-Stationen ist in den letzten Jahren in Kurdistan-Irak gewachsen. Die meisten davon werden von der KRG finanziell unterstützt. Die meisten gehören den beiden grossen politischen Parteien; auch kleinere Parteien unterhalten ihre eigenen Medien. Trotz der grösseren Meinungsfreiheit als im Zentral- und Südirak folgen die meisten der offiziellen Linie und vermeiden es, Kritik gegenüber der KRG, den Sicherheitsdiensten, der KDP und der PUK zu äussern.<sup>26</sup> In der unabhängigen Presse sind es vor allem Zeitungen wie *Hawlati*, *Awene*, *Rozhnama*, die Zeitschrift *Levin* und die in Schweden gegründete Online-Zeitung *Kurdistanpost*,<sup>27</sup> welche begonnen haben, über kritische und brisante Themen zu berichten. Das sind in erster Linie Themen wie Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitsdienste, Korruption, Vetternwirtschaft, fehlende Transparenz in den Ministerien der KRG und innerhalb der beiden Parteien. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist der Anstieg von Verhaftungen und anderen Übergriffen gegen Journalisten, die von den verschiedenen Sicherheitsdiensten verhaftet, geschlagen und bedroht wurden. Viele Zeitungen wurden von der KRG und mächtigen Parteimitgliedern angezeigt, vor allem wegen «Diffamierung». Die KRG-Kader und die Sicherheitsdienste beklagen ihrerseits, dass die unabhängige Presse keine guten Standards hätten und zu wenig Respekt gegenüber sozialen und kulturellen Normen zeigten.<sup>28</sup>

Offiziell gibt es keine Pressezensur in Kurdistan-Irak. Doch unabhängige Medien und Journalisten haben wiederholt beschrieben, dass die Pressefreiheit eingeschränkt ist.<sup>29</sup> Viele Zeitungen üben Selbstzensur, und unabhängige Journalisten werden von den Herausgebern davon abgehalten, über Missstände zu berichten, vor allem wenn der Machtelite nahe stehende Klans und Personen darin verstrickt sind.<sup>30</sup> Mitte Juli 2008 kursierte eine Todesliste mit 16 Journalisten und Schriftstellern. Einer von ihnen, Soran Mama Hama, wurde am 21. Juli 2008 in Kirkuk umge-

---

NZZ vom 6. Mai 2008; Correspondent of *Hawlati* detained in Kirkuk by Kurdish authorities, *KurdishMedia* vom 16. Mai 2008; Head of *Newroz TV* kidnapped and assaulted in Arbil, *KurdishMedia* vom 3. Juli 2008; Kirkuk Journalist Association, *Kirkuk Journalists: Baath undermined free press, PUK & KDP are doing the same*, *KurdishMedia* vom 27. Juli 2008; Kamal Mirawdeli, Fryad Ahmad threatened with death, *KurdishMedia* vom 28. Juli 2008; Mufid Abdulla, *South of Kurdistan – how can we beat political assassination?*, *KurdishMedia* vom 30. Juli 2008; Amnesty International, *Amnesty International calls for action to protect Kurdish journalists*, 1. August 2008.

<sup>24</sup> SFH, *Irak: Update*, 14. August 2008: [www.osar.ch/2008/08/14/irak\\_update\\_situation](http://www.osar.ch/2008/08/14/irak_update_situation).

<sup>25</sup> UNCR, *UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers*, April 2009, § 286: [www.unhcr.org/refworld/docid/49f569cf2.html#guidelines](http://www.unhcr.org/refworld/docid/49f569cf2.html#guidelines).

<sup>26</sup> Amnesty International, *Hope and Fear, Human rights in the Kurdistan Region of Iraq*, 14. April 2009: [www.amnesty.org/en/news-and-updates/report/security-forces-above-law-iraqi-kurdistan-20090414](http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/report/security-forces-above-law-iraqi-kurdistan-20090414).

<sup>27</sup> UNHCR, *UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers*, April 2009.

<sup>28</sup> Amnesty International, *Hope and Fear, Human rights in the Kurdistan Region of Iraq*, 14. April 2009.

<sup>29</sup> UNHCR, *UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers*, April 2009.

<sup>30</sup> UNAMI, *Human Rights Report, 1 January – 30 June 2008*, 2. Dezember 2008: [www.uniraq.org/documents/UNAMI\\_Human\\_Rights\\_Report\\_January\\_June\\_2008\\_EN.pdf](http://www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_January_June_2008_EN.pdf).

bracht. Andere Journalisten auf dieser Liste, die als KDP- und PUK-kritisch gelten, erhielten kurz darauf weitere Todesdrohungen.<sup>31</sup>

Im September 2008 wurde ein neues Pressegesetz erlassen, welches keine Inhaftierung wegen pressebezogenen Verstössen mehr vorsieht. *Amnesty International* nennt das einen willkommenen Schritt vorwärts, Journalisten würden jedoch nach wie vor verhaftet. Die Gesetzesvorlage, die im Dezember 2007 von der KRG angenommen wurde, war um vieles restriktiver und sah bei vage formulierten Delikten wie «Störung der Sicherheit», «Verbreitung von Angst» und «Unterstützung von Terrorismus» harte Strafen, auch Gefängnisstrafen, vor. Die Vorlage wurde nach heftigen internationalen Protesten vom Präsidenten zur Überarbeitung ans Parlament zurück gegeben und überarbeitet.<sup>32</sup> Medienschaffende in Kurdistan-Irak äusserten Bedenken gegenüber dem neuen Gesetz, zum Beispiel bezüglich der hohen Geldstrafen, die gegen Journalisten und Herausgeber verhängt werden können.<sup>33</sup> *United Nations Assistance Mission for Iraq* (UNAMI), wie auch das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) wiesen darauf hin, dass viele Medienschaffende wahllos krimineller Machenschaften angeklagt werden und Journalisten wie auch Herausgeber Anzeigen und Prozessen wegen «Diffamierung» ausgesetzt sind.<sup>34</sup>

Verschiedene internationale Organisationen äusserten sich im Laufe der letzten Monate sehr kritisch bezüglich der Pressefreiheit und der Situation von Medienschaffenden in Kurdistan-Irak:

Das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) berichtet, dass mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der unabhängigen Presse auch die Repressionen im Lauf der letzten drei Jahre zugenommen haben. Gewalttätige Angriffe gegen Journalisten kommen in erster Linie dann vor, wenn diese sich kritisch über Barzani, Talabani und andere hochrangige Beamte geäussert haben. Das CPJ geht davon aus, dass ein Trend in Richtung Unterdrückung von Journalisten festzustellen sei.<sup>35</sup>

Im *Human Rights Report* der *United Nations Assistance Mission for Iraq* (UNAMI) werden für das erste Halbjahr 2008 verschiedene Übergriffe, Einschüchterungen und Verhaftungen gegen Medienschaffende in Kurdistan-Irak aufgeführt. Oft wurden Medienschaffende von den Behörden wegen krimineller Aktivitäten diskreditiert und angeklagt. In dieser Zeitspanne wurden Journalisten verhaftet, bedroht, an der Arbeit behindert, ihr Material wurde konfisziert, oder sie wurden von Personen, die den politischen Eliten nahestehen, mit dem Tod bedroht.<sup>36</sup>

Ebenso im Bericht von UNAMI zur zweiten Jahreshälfte 2008 wird darauf hingewiesen, dass Medienschaffende und Journalisten zu den gefährdetsten professionellen Gruppen im Irak gehören. In dieser Zeit wurden Journalisten getötet, eingeschüch-

---

<sup>31</sup> UNHCR, UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum Seekers, April 2009.

<sup>32</sup> Amnesty International, Hope and Fear, Human rights in the Kurdistan Region of Iraq, 14. April 2009.

<sup>33</sup> IWPR, Iraqi Crisis Report, Kurdish Press Law Draws Mixed Responses, 17. Oktober 2007: [www.iwpr.net/?p=icr&s=f&o=347233&apc\\_state=henpicr](http://www.iwpr.net/?p=icr&s=f&o=347233&apc_state=henpicr).

<sup>34</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1 January – 30 June 2008, 2. Dezember 2008: [www.uniraq.org/documents/UNAMI\\_Human\\_Rights\\_Report\\_January\\_June\\_2008\\_EN.pdf](http://www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_January_June_2008_EN.pdf).

<sup>35</sup> CPJ, The Other Iraq, 5. Mai 2008: <http://cpj.org/reports/2008/05/the-other-iraq.php>.

<sup>36</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1 January – 30 June 2008, 2. Dezember 2008: [www.uniraq.org/documents/UNAMI\\_Human\\_Rights\\_Report\\_January\\_June\\_2008\\_EN.pdf](http://www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_January_June_2008_EN.pdf).

tert, belästigt und verhaftet. UNAMI zeigte sich besorgt, dass trotz des neuen Pressegesetzes Journalisten immer noch zu Haftstrafen verurteilt wurden und forderte die KRG auf, die neue Pressegesetzgebung zu implementieren.<sup>37</sup>

*Amnesty International* deckt im Jahresbericht 2008 verschiedenste Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan-Irak auf. Obwohl es Fortschritte im Bereich der Einhaltung der Menschenrechte gibt, kommt es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen, Folter, Übergriffe auf Journalisten, Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Gewalt gegen Frauen. Die Zahl von Personen, die ohne Verfahren im Gefängnis sitzen, ist von Tausenden auf Hunderte gesunken, einige von ihnen sind bereits seit neun Jahren inhaftiert. Die Sicherheitsdienste der KDP und der PUK haben verschiedentlich Journalisten, Akademiker und Schriftsteller bedroht und angegriffen, die sich gegen Korruption geäußert haben.<sup>38</sup>

*Reporter ohne Grenzen* verurteilten am Tag der Presse, am 22. April 2009, die vielen vor allem von Politikern initiierten Prozesse, Behinderungen und Verfolgung von Journalisten. Auch die Polizei behindere Journalisten bei ihrer Arbeit und verwehrt ihnen den Zugang.<sup>39</sup>

Die *Human Rights Data Bank* zählte von Januar bis April 2009 38 Fälle von Gewalt gegenüber Journalisten in den drei Provinzen, Erbil, Dohuk und Sulaimaniya. Die Übergriffe gehen von der Erhebung von Bussen, Gefängnis, Bedrohung, Behinderung zu arbeiten bis zu Schlägen und Beleidigungen.<sup>40</sup>

In einem offenen Brief an Barzani brachte das *Committee to Protect Journalists* im Mai 2009 seine Besorgnis bezüglich der sich verschlechternden Pressefreiheit zum Ausdruck. Es sei in der letzten Zeit zu einer alarmierenden Anzahl an politisch motivierten Anklagen vor allem gegen unabhängige Journalisten gekommen. Obwohl im neuen Pressegesetz keine Gefängnisstrafen für Journalisten vorgesehen sind, würden diese nach wie vor verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.<sup>41</sup>

### 3.1 KIU-Medienschaffende in Dohuk

Ein Experte des CPJ weist darauf hin, dass vor allem in Dohuk die Möglichkeit, kritische Berichterstattung zu betreiben, sehr eingeschränkt ist.<sup>42</sup> Auch UNAMI berichtet, dass in Dohuk und Sulaimaniya Sicherheitsdienste Journalisten mit dem Tod und körperlicher Gewalt bedrohen.<sup>43</sup>

<sup>37</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1 July – 31 December 2008, 29. April 2009: [www.unhcr.org/refworld/docid/49f8580c2.html](http://www.unhcr.org/refworld/docid/49f8580c2.html).

<sup>38</sup> Amnesty International, Hope and Fear, Human rights in the Kurdistan Region of Iraq, 14. April 2009.

<sup>39</sup> Reporters without Borders, Threats to Press Freedom in Kurdistan, 22. April 2009: [www.kurdmedia.com/article.aspx?id=15651](http://www.kurdmedia.com/article.aspx?id=15651).

<sup>40</sup> Human Rights Data Bank, Statistics of violations practices against journalists in Sulaimia, Arbil, Kirkuk and Dohuk provinces, January – April 2009: [www.hrdp.org/English.aspx](http://www.hrdp.org/English.aspx).

<sup>41</sup> CPJ, CPJ alarmed by press violations in Iraqi Kurdistan, 5. Mai 2009: <http://cpj.org/2009/05/cpj-alarmed-by-press-violations-in-iraqi-kurdistan.php>.

<sup>42</sup> Telefonische Auskunft von CPJ-Experten, 18. Mai 2009.

<sup>43</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1 January – 30 June 2008, 2. Dezember 2008.

Am 7. Januar 2009 wurde Jassim Muhammad, Journalist und Direktor der Medienabteilung der KIU in Zakho von den Sicherheitsdiensten verhaftet. Er berichtete, dass die Mitarbeiter der neu gegründeten TV-Station dabei waren, die Übertragungsgeräte zu testen, als die Sicherheitskräfte das Gebäude stürmten. Er wurde unter Artikel 240 wegen «Missachtung eines offiziellen Befehls» angeklagt. Als Grund galt die fehlende Sendelizenz. Nach sechs Tagen und der Bezahlung einer Kaution von zehn Millionen irakischer Dinar (8650 US-Dollar) wurde er wieder frei gelassen.<sup>44</sup>

Im Februar 2008 wurde ein Journalist von den Sicherheitsdiensten für vier Tage in Dohuk festgehalten. Vor seiner Freilassung musste er unter Zwang einen Brief unterschreiben, in dem er bestätigt, die KRG-Führer und christliche Würdenträger nicht zu «diffamieren». Am 16. März 2008 stellte ein Gericht in Dohuk einen Haftbefehl gegen Muhamad Salih Haji, dem Herausgeber der *Rasan*-Zeitung, die zur KIU gehört, und gegen ein weiteres KIU-Mitglied aus. Sie kritisierten in einem Artikel, dass ein Gerichtsurteil gegen KIU-Mitglieder wegen terroristischer Aktivitäten im Jahr 2007 politisch motiviert gewesen sei. Beide wurden später auf Kaution frei gelassen.<sup>45</sup>

Bereits früher setzten die Sicherheitskräfte die KIU-Medienstellen unter Druck. Am 12. Dezember 2006 schlossen die Sicherheitsdienste die Radiostation der KIU, da diese keine Lizenz habe. Mitglieder der KIU gingen davon aus, dass die Schliessung politisch motiviert war, da politische Parteien keine Lizenzen für ihre Radiostationen bräuchten. Die Station war im März 2007 immer noch geschlossen, die Frage der Lizenz sei geklärt worden, jedoch fehlten noch weitere Bewilligungen von den Sicherheitsdiensten.<sup>46</sup>

SFH-Publikationen zu Irak und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen finden Sie unter [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch).

Der Newsletter «Länder und Recht» informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)

<sup>44</sup> CPJ, CPJ alarmed by press violations in Iraqi Kurdistan, 5. Mai 2009.

<sup>45</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1 January – 30 June 2008, 2. Dezember 2008: [www.uniraq.org/documents/UNAMI\\_Human\\_Rights\\_Report\\_January\\_June\\_2008\\_EN.pdf](http://www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_January_June_2008_EN.pdf).

<sup>46</sup> UN Assistance Mission for Iraq, Human Rights Report, 1 January – 31 March 2007, 25. April 2007: [www.uniraq.org/FileLib/misc/HR%20Report%20Jan%20Mar%202007%20EN.pdf](http://www.uniraq.org/FileLib/misc/HR%20Report%20Jan%20Mar%202007%20EN.pdf).